

Gesetzentwurf

der Fraktion der CDU/CSU

Entwurf eines Gesetzes zu der Entschließung LP.3(4) vom 30. Oktober 2009 über die Änderung des Artikels 6 des Protokolls vom 7. November 1996 zum Übereinkommen über die Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen und sonstigen Stoffen von 1972

A. Problem

Mit der Entschließung LP.1(1) vom 2. November 2006 wurde das Protokoll vom 7. November 1996 zum Übereinkommen über die Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen und sonstigen Stoffen von 1972 (Londoner Protokoll) in seiner Anlage 1 „Abfälle oder sonstige Stoffe, die für das Einbringen in Frage kommen“ dahingehend geändert, dass die Beseitigung von Kohlendioxidströmen in geeigneten Formationen des Meeresuntergrunds unter bestimmten Voraussetzungen erlaubt werden kann (vgl. BGBl. 2010 II S. 1007). Damit soll die Möglichkeit eröffnet werden, Auswirkungen erhöhter Kohlendioxid-Konzentrationen in der Atmosphäre hinsichtlich der Klimaänderung einerseits und der Versauerung des Meeres andererseits abzumildern. Mit der Änderung des Artikels 6 des Londoner Protokolls durch die Entschließung LP.3(4) soll, unbeschadet des generellen Ausfuhrverbots für Abfälle und sonstige Stoffe in der derzeitigen Fassung des Artikels 6, in Übereinstimmung mit Anlage 1 des Protokolls in der durch Entschließung LP.1(1) vom 2. November 2006 geänderten Fassung, die Ausfuhr von Kohlendioxidströmen zur Beseitigung ermöglicht werden, sofern die betroffenen Länder eine in der Neufassung des Artikels 6 beschriebene Übereinkunft oder Absprache eingegangen sind und die damit verbundenen Bedingungen einhalten.

B. Lösung

Durch das Ratifikationsgesetz sollen die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Ratifikation der Änderungen geschaffen werden.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Es sind keine zusätzlichen Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand zu erwarten.

E. Erfüllungsaufwand

Keiner.

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Keiner.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Zusätzliche Kosten für die Wirtschaft sind nicht zu erwarten. Insbesondere sind keine Bürokratiekosten aus Informationspflichten zu erwarten.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Zusätzliche Kosten für die Verwaltung sind durch dieses Gesetz nicht zu erwarten.

F. Weitere Kosten

Weitere Kosten beziehungsweise Auswirkungen auf das Preisniveau sind derzeit nicht ersichtlich.

**Entwurf eines Gesetzes zu der Entschließung LP.3(4) vom
30. Oktober 2009 über die Änderung des Artikels 6 des
Protokolls vom 7. November 1996 zum Übereinkommen
über die Verhütung der Meeresverschmutzung durch das
Einbringen von Abfällen und sonstigen Stoffen von 1972**

Vom ...

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Der Entschließung LP.3(4) über die Änderung des Artikels 6 des Londoner Protokolls, wie sie die Vertragsparteien des Protokolls vom 7. November 1996 zum Übereinkommen über die Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen und anderen Stoffen von 1972 am 30. Oktober 2009 angenommen haben, wird zugestimmt. Die Entschließung wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem die Entschließung LP.3(4) vom 30. Oktober 2009 nach Artikel 21 Absatz 3 des Londoner Protokolls für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Berlin, den 28. März 2023

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf die EntschlieÙung ist Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes anzuwenden, da sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht den Erfordernissen des Artikels 82 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem die EntschlieÙung nach Artikel 21 Absatz 3 des Londoner Protokolls für die Bundesrepublik in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Durch die EntschlieÙung LP.3(4) vom 30. Oktober 2009 werden keine zusätzlichen Kosten für die öffentlichen Haushalte verursacht.

Aufgrund der EntschlieÙung LP.3(4) vom 30. Oktober 2009 ergibt sich kein zusätzlicher Erfüllungsaufwand für die Verwaltung.

Zusätzlicher Erfüllungsaufwand der Wirtschaft beziehungsweise Auswirkungen auf das Preisniveau aufgrund der EntschlieÙung sind nicht zu erwarten.

Für Länder und Kommunen entstehen keine Mehrbelastungen.

Das Vertragsgesetz schafft die Voraussetzungen für die Genehmigung der Änderungen des Londoner Protokolls aufgrund der EntschlieÙung LP.3(4) vom 30. Oktober 2009. Eine Umsetzung in deutsches Recht durch ein Ausführungsgesetz ist nicht erforderlich. § 4 Absatz 2 des Gesetzes zur Demonstration der dauerhaften Speicherung von Kohlendioxid (Kohlendioxid-Speicherungsgesetz – KSpG) enthält als materiell-rechtliche Vorgabe für die Planfeststellung einer Kohlendioxidleitung zum Transport zu einem Kohlendioxidspeicher im Ausland bereits die Anforderung, dass es für die Planrechtfertigung maßgeblich ist, ob der Kohlendioxidspeicher im Ausland den Anforderungen der Richtlinie 2009/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 über die geologische Speicherung von Kohlendioxid und zur Änderung der Richtlinie 85/337/EWG des Rates sowie der Richtlinien 2000/60/EG, 2001/80/EG, 2004/35/EG, 2006/12/EG und 2008/1/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 (ABl. L 140 vom 5.6.2009, S. 114) entspricht.

Entschließung LP.3(4)
über die Änderung des Artikels 6 des Londoner Protokolls
(angenommen am 30. Oktober 2009)

Resolution LP.3(4)
on the amendment to article 6 of the London Protocol
(adopted on 30 October 2009)

Résolution LP.3(4)
portant amendement de l'article 6 du Protocole de Londres
(adoptée le 30 octobre 2009)

The fourth meeting of Contracting Parties to the 1996 protocol to the convention on the prevention of marine pollution by dumping of wastes and other matter 1972;

La quatrième réunion des Parties contractantes au Protocole de 1996 à la Convention de 1972 sur la prévention de la pollution des mers résultant de l'immersion de déchets;

Die Vierte Sitzung der Vertragsparteien des Protokolls vom 7. November 1996 zum Übereinkommen über die Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen und anderen Stoffen von 1972;

recalling the objectives of the 1996 Protocol to the London Convention („London Protocol“) that include the protection and preservation of the marine environment from all sources of pollution;

rappelant les objectifs du Protocole de 1996 à la Convention de Londres („Protocole de Londres“), qui sont entre autres de protéger et de préserver le milieu marin contre toutes les sources de pollution;

eingedenk der Zielsetzungen des Protokolls vom 7. November 1996 zum Londoner Übereinkommen („Londoner Protokoll“), welche die Erhaltung der Meeresumwelt sowie ihren Schutz vor allen Ursachen der Verschmutzung umfassen;

reiterating the serious concern regarding the implications for the marine environment of climate change and ocean acidification, as a result of elevated levels of carbon dioxide in the atmosphere;

réaffirmant sa profonde préoccupation au sujet des répercussions qu'ont sur le milieu marin le changement climatique et l'acidification des océans, lesquels sont dus aux concentrations élevées de dioxyde de carbone dans l'atmosphère;

unter abermaliger Betonung der ernstlichen Besorgnis in Bezug auf die Auswirkungen der Klimaänderungen und der Versauerung des Meeres infolge des erhöhten Kohlendioxidgehalts in der Atmosphäre auf die Meeresumwelt;

welcoming the adoption and entry into force of the amendment to include the sequestration of carbon dioxide streams in sub-seabed geological formations in Annex 1 to the London Protocol, as set out in Resolution LP.1(1);

se félicitant de l'adoption et de l'entrée en vigueur de l'amendement à l'Annexe 1 du Protocole de Londres qui vise à inclure la séquestration des flux de dioxyde de carbone dans les formations géologiques du sous-sol marin, tel qu'il figure en annexe à la résolution LP.1(1);

erfreut über die Annahme und das Inkrafttreten der in der Entschließung LP.1(1) festgelegten Änderung zur Einbeziehung der Sequestrierung von Kohlendioxidströmen in geologischen Formationen des Meeresuntergrunds in die Anlage 1 zum Londoner Protokoll;

recalling that Resolution LP.1(1) recognized that carbon dioxide capture and sequestration should not be considered as a substitute to other measures to reduce carbon dioxide emissions, but considered such sequestration as one of a portfolio of options to reduce levels of atmospheric carbon dioxide and as an important interim solution;

noting that not all countries have suitable sub-seabed geological formations for the sequestration of carbon dioxide streams;

welcoming the work of the Legal and Technical Working Group on Transboundary CO₂ Sequestration Issues and its conclusions, as set out in its report LP/CO₂ 1/8;

welcoming further the work of the Intersessional Correspondence Group on Transboundary CO₂ Sequestration Issues and its conclusions, as set out in its report LC 31/5;

reiterating the agreement of Contracting Parties in 2008 that the London Protocol should not constitute a barrier to the transboundary movement of carbon dioxide streams to other countries for disposal as a measure to mitigate climate change and ocean acidification;

rappelant que dans la résolution LP.1(1), il est reconnu que la capture et la séquestration du dioxyde de carbone ne devraient pas être considérées comme remplaçant d'autres mesures visant à réduire les émissions de dioxyde de carbone et il est estimé que la capture et la séquestration du dioxyde de carbone font partie d'un éventail d'options permettant de réduire les concentrations de dioxyde de carbone dans l'atmosphère et qu'elles représentent une solution intérimaire importante;

notant que tous les pays ne disposent pas d'un sous-sol marin où il existe des formations géologiques se prêtant à la séquestration des flux de dioxyde de carbone;

se félicitant des travaux qui ont été faits par le Groupe de travail juridique et technique sur les questions relatives à la séquestration transfrontière du CO₂ ainsi que des conclusions auxquelles le Groupe est parvenue, telles qu'elles figurent dans son rapport diffusé sous la cote LP/CO₂ 1/8;

se félicitant également des travaux qui ont été faits par le Groupe de travail intersessions sur les questions relatives à la séquestration transfrontière du CO₂, ainsi que des conclusions auxquelles le Groupe est parvenu, telles qu'elles figurent dans son rapport diffusé sous la cote LC 31/5;

réaffirmant la décision qui avait été prise par les Parties contractantes en 2008, lorsqu'elles étaient convenues que le Protocole de Londres ne devrait pas constituer un obstacle à l'exportation de flux de dioxyde de carbone vers d'autres pays aux fins de leur évacuation dans le cadre des mesures d'atténuation du changement climatique et de l'acidification des océans;

eingedenk dessen, dass die EntschlieÙung LP.1(1) anerkennt, dass die Abscheidung und Sequestrierung von Kohlendioxid nicht als Ersatz für andere Maßnahmen zur Verminderung von Kohlendioxid-Emissionen, sondern als eine aus einer ganzen Reihe von Möglichkeiten zur Verminderung des Kohlendioxidgehalts der Atmosphäre und als wichtige Übergangslösung angesehen werden soll;

in Anbetracht dessen, dass nicht alle Länder über geologische Formationen des Meeresuntergrunds verfügen, die für die Sequestrierung von Kohlendioxidströmen geeignet sind;

erfreut über die Arbeit der Juristischen und technischen Arbeitsgruppe zu Aspekten der grenzüberschreitenden CO₂-Sequestrierung sowie über deren Schlussfolgerungen, die in ihrem Bericht LP/CO₂ 1/8 dargelegt sind;

ferner erfreut über die Arbeit der Intersessionalen Korrespondenzgruppe zu Aspekten der grenzüberschreitenden CO₂-Sequestrierung sowie über deren Schlussfolgerungen, die in ihrem Bericht LC 31/5 dargelegt sind;

unter abermaliger Bekräftigung der von den Vertragsparteien im Jahr 2008 getroffenen Vereinbarung, nach der das Londoner Protokoll kein Hindernis für die grenzüberschreitende Verbringung von Kohlendioxidströmen in andere Länder zum Zweck der Beseitigung im Rahmen von Maßnahmen zur Verminderung der Klimaänderungen und der Versauerung des Meeres darstellen soll;

emphasizing that this resolution should not be interpreted as legitimizing the export of any other waste or other matter to other countries for disposal;

emphasizing also that Contracting Parties should ensure that the long distance export of carbon dioxide streams between UN regions is reduced to the minimum consistent with the protection and preservation of the marine environment from all sources of pollution, taking into account the special position of developing countries;

stressing that the accountability for compliance with the provisions of the Protocol will rest with the Contracting Party in the case of export to non-Contracting Parties;

noting that the transboundary movement of carbon dioxide after injection (migration) is not export for dumping and therefore not prohibited by Article 6; and

stressing that management of shared formations is an important issue that should be addressed to ensure appropriate environmental protection;

1. adopts the following amendment to Article 6 of the London Protocol, in accordance with Article 21 of the Protocol, as set out in the Annex to this resolution; and

soulignant que la présente résolution ne devrait pas être interprétée comme justifiant l'exportation de tout autre déchet ou de toute autre matière vers d'autres pays aux fins de leur évacuation;

soulignant aussi que les Parties contractantes devraient s'assurer que l'exportation lointaine de flux de dioxyde de carbone entre régions du système des Nations Unies est réduite au minimum, afin de permettre de protéger et de préserver le milieu marin de toutes les sources de pollution, en tenant compte de la situation particulière des pays en développement;

soulignant que la responsabilité du respect des dispositions du Protocole incombera à la Partie contractante dans le cas d'une exportation vers des parties non contractantes;

notant que le mouvement transfrontière des flux de dioxyde de carbone après injection (migration) ne constitue pas une exportation aux fins d'immersion et qu'il n'est donc pas interdit aux termes de l'article 6; et

soulignant que la gestion des formations partagées est une question importante qu'il faudrait aborder pour garantir une protection de l'environnement appropriée,

1. adopte, conformément à l'article 21 du Protocole, l'amendement à l'article 6 du Protocole de Londres dont le texte figure en annexe à la présente résolution; et

unter Betonung dessen, dass diese EntschlieÙung nicht als Legitimierung der Ausfuhr anderer Abfalle oder sonstiger Stoffe in andere Länder zum Zweck der Beseitigung ausgelegt werden soll;

ebenfalls unter Betonung dessen, dass die Vertragsparteien sicherstellen sollen, dass die Ausfuhr von Kohlendioxidströmen über lange Strecken zwischen den Regionen der Vereinten Nationen im Sinne der Erhaltung der Meeresumwelt sowie ihres Schutzes vor allen Ursachen der Verschmutzung auf ein Mindestmaß beschränkt wird, unter Berücksichtigung der besonderen Situation der Entwicklungsländer;

unter Hinweis darauf, dass im Fall der Ausfuhr an Nichtvertragsparteien die Verantwortung für die Einhaltung des Protokolls bei der Vertragspartei liegen wird;

in Anbetracht dessen, dass das grenzüberschreitende Verdriften von Kohlendioxid nach der Einspeicherung (Migration) keine Ausfuhr zum Zweck einer Einbringung darstellt und daher nicht nach Artikel 6 verboten ist; sowie

unter Hinweis darauf, dass die Bewirtschaftung gemeinsamer Formationen ein wichtiges Thema ist, das zur Sicherstellung eines angemessenen Schutzes der Umwelt angegangen werden soll;

1. beschließt nach Artikel 21 des Londoner Protokolls die in der Anlage zu dieser EntschlieÙung aufgeführte Änderung des Artikels 6 jenes Protokolls; und

2. invites the Scientific Group under the London Protocol in collaboration with the Scientific Group under the London Convention to consider the need for amendments to the *Specific Guidelines for Assessment of Carbon Dioxide Streams for Disposal into Sub-sea-bed Geological Formations*, to provide further specific guidance in cases of export of such streams to other countries for disposal and issues related to the management of transboundary movement of carbon dioxide after injection.

2. invite le Groupe scientifique du Protocole de Londres à étudier, en collaboration avec le Groupe scientifique de la Convention de Londres, les modifications qu'il pourrait être nécessaire d'apporter aux Directives spécifiques pour l'évaluation des flux de dioxyde de carbone en vue de leur évacuation dans les formations géologique du sous-sol marin afin de donner de nouvelles directives spécifiques qui s'appliqueront lorsque ces flux seront exportés vers d'autres pays aux fins de leur évacuation, ainsi que les questions ayant trait à la gestion du mouvement transfrontière du dioxyde de carbone après injection.

2. fordert die im Rahmen des Londoner Protokolls eingerichtete Wissenschaftliche Gruppe auf, in Zusammenarbeit mit der im Rahmen des Londoner Übereinkommens eingerichteten Wissenschaftlichen Gruppe zu prüfen, ob die Spezifischen Leitlinien für die Bewertung von Kohlendioxidströmen im Hinblick auf ihre Beseitigung in geologischen Formationen des Meeresuntergrunds der Änderung bedürfen, um weitere spezifische Anleitungen für Fälle der Ausfuhr solcher Ströme in andere Länder zum Zweck der Beseitigung und für Fragen in Bezug auf den Umgang mit dem grenzüberschreitenden Verdriften von Kohlendioxid nach der Einspeicherung bereitzustellen.

Anlage
Änderung des Artikels 6 des Londoner Protokolls

Annex
amendment to article 6 of the London Protocol

Annexe
amendement à l'article 6 du Protocole de Londres

Add „1“ before: Contracting Parties shall not allow the export of wastes or other matter to other countries for dumping or incineration at sea.

Le chiffre 1 est ajouté avant la phrase ci-après: „les Parties contractantes n'autorisent pas l'exportations de déchets ou autres matières vers d'autres pays aux fins d'immersion ou d'incinération en mer.“

Vor dem Satz „Die Vertragsparteien erlauben nicht die Ausfuhr von Abfällen oder sonstigen Stoffen in andere Länder zum Zweck einer Einbringung oder Verbrennung auf See“ wird die Zahl 1 eingefügt.

Add a new paragraph 2 as follows:

Un paragraphe 2 est ajouté comme suit:

Folgender neuer Absatz 2 wird angefügt:

„2 Notwithstanding paragraph 1, the export of carbon dioxide streams for disposal in accordance with annex 1 may occur, provided that an agreement or arrangement has been entered into by the countries concerned. Such an agreement or arrangement shall include:

„2 Nonobstant les dispositions du paragraphe 1, l'exportation des flux de dioxyde de carbone à évacuer conformément à l'annexe 1 peut être effectuée, à condition qu'un accord ou arrangement ait été conclu par les pays intéressés. Cet accord ou arrangement prévoit :

„2 Ungeachtet des Absatzes 1 kann die Ausfuhr von Kohlendioxidströmen zum Zweck der Beseitigung nach Anlage 1 erfolgen, sofern die betroffenen Länder eine Übereinkunft geschlossen oder eine Abmachung getroffen haben. Eine solche Übereinkunft oder Abmachung muss Folgendes beinhalten:

.1 confirmation and allocation of permitting responsibilities between the exporting and receiving countries, consistent with the provisions of this Protocol and other applicable international law; and

.1 la répartition des responsabilités en matière d'octroi de permis entre les pays qui exportent des déchets et ceux qui les reçoivent, conformément aux dispositions du présent Protocole et du droit international applicable; et

.1 die Bestätigung und Verteilung der Zuständigkeiten für die Erlaubniserteilung zwischen dem Ausfuhr- und dem Empfängerland im Einklang mit diesem Protokoll und anderen anwendbaren Regeln des Völkerrechts sowie

.2 in the case of export to non-Contracting Parties, provisions at a minimum equivalent to those contained in this Protocol, including those relating to the issuance of permits and permit conditions for complying with the provisions of annex 2, to ensure that the agreement or arrangement does not derogate from the obligations of Contracting Parties under this Protocol to protect and preserve the marine environment.

.2 dans le cas d'une exportation vers des parties non contractantes, des dispositions au moins équivalentes à celles qui figurent dans le présent Protocole, y compris celles qui portent sur la délivrance des permis et les conditions dont le permis est assorti, en vue du respect des dispositions de l'annexe 2, afin de garantir que l'accord ou arrangement ne déroge pas aux obligations de protéger et de préserver le milieu marin, lesquelles incombent aux Parties contractantes en vertu du présent Protocole.

.2 im Fall der Ausfuhr an Nichtvertragsparteien Bestimmungen, die den in diesem Protokoll enthaltenen mindestens gleichwertig sind, einschließlich derer betreffend die Erteilung von Erlaubnissen und die hierfür geltenden Bedingungen zur Einhaltung der Bestimmungen der Anlage 2, um sicherzustellen, dass die Übereinkunft oder Abmachung nicht von den nach diesem Protokoll bestehenden Verpflichtungen der Vertragsparteien zum Schutz und zur Erhaltung der Meeresumwelt abweicht.

A Contracting Party entering into such an agreement or arrangement shall notify it to the Organization.“

Une Partie contractante qui conclut un tel accord ou arrangement le notifie à l'Organisation.“

Eine Vertragspartei, die eine solche Übereinkunft schließt oder Abmachung trifft, notifiziert dies der Organisation.“

Denkschrift

A. Allgemeines

Im Jahre 2009 wurde Artikel 6 des Londoner Protokolls durch die EntschlieÙung LP.3(4) vom 30. Oktober 2009 ergänzt. Artikel 6 des Londoner Protokolls sah ein uneingeschrnkttes Verbot des Exports von Abfällen oder anderen Stoffen in andere Staaten zum Zwecke des Dumpings oder der Verbrennung vor.

Durch die Änderung aufgrund der EntschlieÙung LP.3(4) soll der Export von CO₂-Strömen zur Speicherung im Meeresuntergrund zulässig sein, wenn durch Übereinkunft oder Abmachung zwischen Export- und Importstaatstaat

- 1) die Pflichten hinsichtlich der Zulassung des Vorhabens abgestimmt sind
- 2) und im Falle eines Exports zu einer Nichtvertragspartei des Londoner Protokolls analoge Anforderungen zu denen des Londoner Protokolls mit der Nichtvertragspartei durch den Exportstaat vereinbart wurden.

In den Erwägungsgründen der Resolution LP.3(4) wird klargestellt, dass das grenzüberschreitende Verdriften von CO₂-Strömen nach der Injektion in einem Vertragsstaat des Londoner Protokolls nicht Export im Sinne des Artikels 6 des Londoner Protokolls ist.

Die Neuregelung wurde insbesondere durch die Vertragsstaaten unterstützt, die wie Deutschland EU-Mitgliedstaaten sind, um einen rechtlichen Widerspruch mit der Richtlinie 2009/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 über die geologische Speicherung von Kohlendioxid und zur Änderung der Richtlinie 85/337/EWG des Rates sowie der Richtlinien 2000/60/EG, 2001/80/EG, 2004/35/EG, 2006/12/EG und 2008/1/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 (ABl. L 140 vom 5.6.2009, S. 114) zu vermeiden.

Die betreffende Änderung des Londoner Protokolls ist noch nicht in Kraft getreten, da sie bislang nur von 8 Staaten ratifiziert worden ist. Die Neuregelung tritt nach Artikel 21 Absatz 3 des Londoner Protokolls 60 Tage nach dem Zeitpunkt in Kraft, nach dem zwei Drittel der Vertragsstaaten die Änderung ratifiziert haben. Sie gilt nur für die Vertragsstaaten, die sie ratifiziert haben. Um ein Inkrafttreten zu ermöglichen, bedarf es also einer formellen Ratifikation durch Deutschland neben vielen anderen Vertragsstaaten (34 der aktuell 51 Vertragsstaaten).

B. Besonderes

Nach deutschem Recht ist es nicht verboten, CO₂ durch Rohrleitungen zu transportieren, um das CO₂ im Untergrund eines anderen Staats dauerhaft zu speichern. Da es insoweit nach dem geltenden Recht kein Export-Verbot gibt, bedarf es keiner gesonderten nationalen Umsetzung. Vielmehr enthält § 4 Absatz 2 des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes (KSpG) als materiell rechtliche Vorgabe für die Planfeststellung einer Kohlendioxidleitung zum Transport zu einem Kohlendioxidsspeicher im Ausland die Anforderung, dass es für die Planrechtfertigung maÙgeblich ist, ob der Kohlendioxidsspeicher im Ausland den Anforderungen der Richtlinie 2009/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 über die geologische Speicherung von Kohlendioxid und zur Änderung der Richtlinie 85/337/EWG des Rates sowie der Richtlinien 2000/60/EG, 2001/80/EG, 2004/35/EG, 2006/12/EG und 2008/1/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 (ABl. L 140 vom 5.6.2009, S. 114) entspricht. Diese Anforderung sichert auch bei einem Kohlendioxidtransport ins Ausland die Einhaltung der EU-Mindeststandards und steht nicht im Widerspruch zu der EntschlieÙung LP.3(4) LP vom 30. Oktober 2009.

Zur Anlage

Der Kohlendioxidanteil in der Atmosphäre hat sich in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich erhöht. Die Folgen sind einerseits eine fortschreitende Erwärmung sowie der Anstieg des Meeresspiegels. Kohlendioxid wird andererseits über Austauschvorgänge an der Meeresoberfläche ins Meer eingetragen, was zur allmählichen Versauerung der Meere führt. Die Erwärmung und Versauerung der Meere sowie ein deutlicher Anstieg des Meeresspiegels sind heute bereits messbar. Diese Veränderungen können nur durch drastische Verringerungen der anthropogenen Treibhausgasemissionen begrenzt werden.

Die Vertragsparteien des Pariser Klimaabkommens haben sich verpflichtet, den Ausstoß von Kohlendioxid zu begrenzen. Dies soll in Deutschland in erster Linie durch Verringerung des Verbrauchs fossiler Kohlenstoffe geschehen. Um die zur Begrenzung der Klimaänderungen erforderliche Eingrenzung der Kohlendioxidkonzentrationen durch zusätzliche Maßnahmen zu erreichen, besteht in vielen Mitgliedstaaten des Londoner Protokolls grundsätzlich die Möglichkeit, für eine Übergangszeit auch flankierende Maßnahmen zu ergreifen. Solche Maßnahmen bestehen unter anderem in der Abscheidung von Kohlendioxid aus industriellen Prozessen und der dauerhaften Speicherung von Kohlendioxid in geeigneten geologischen Formationen. Solche geologischen Schichten sind unter anderem in ausgeförderten Öl- und Gaslagerstätten oder salinen Aquiferen des Meeresuntergrunds vorhanden. In der EU wurde die Möglichkeit für die Speicherung von Kohlendioxid durch die Richtlinie 2009/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 über die geologische Speicherung von Kohlendioxid und zur Änderung der Richtlinie 85/337/EWG des Rates sowie der Richtlinien 2000/60/EG, 2001/80/EG, 2004/35/EG, 2006/12/EG und 2008/1/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 (ABl. L 140 vom 5.6.2009, S. 114) geschaffen. In Deutschland wurde diese Richtlinie durch das Gesetz zur Demonstration der dauerhaften Speicherung von Kohlendioxid (Kohlendioxid-Speicherungsgesetz – KSpG) umgesetzt.

Mit der Entschließung LP.1(1) vom 2. November 2006 zur Einbeziehung der CO₂-Sequestrierung in geologischen Formationen des Meeresuntergrunds in die Anlage 1 zum Londoner Protokoll wurde die Möglichkeit eröffnet, Kohlendioxidströme unter bestimmten Voraussetzungen in geeigneten Formationen des Meeresuntergrunds einzuspeichern (vgl. BGBl. 2010 II S. 1006, 1007).

Geeignete geologische Schichten des Meeresuntergrunds stehen aber nicht allen Vertragsparteien des Londoner Protokolls zur Verfügung und Artikel 6 des Londoner Protokolls steht in seiner jetzigen Fassung der Ausfuhr von Abfällen oder sonstigen Stoffen in andere Länder zum Zweck der Einbringung oder Verbrennung auf See entgegen.

Mit der Änderung des Artikels 6 des Londoner Protokolls soll daher, unbeschadet des generellen Ausfuhrverbots für Abfälle und sonstige Stoffe in der derzeitigen Fassung des Artikels 6, in Übereinstimmung mit Anlage 1 des Protokolls in der durch Entschließung LP.1(1) vom 2. November 2006 geänderten Fassung, die Ausfuhr von Kohlendioxidströmen zur Beseitigung ermöglicht werden, sofern die betroffenen Länder eine in der Neufassung des Artikels 6 beschriebene Übereinkunft oder Absprache eingegangen sind und die damit verbundenen Bedingungen einhalten.

Die Ausnahme von Kohlendioxidströmen vom Ausfuhrverbot setzt eine Übereinkunft oder Absprache zwischen den beteiligten Ländern voraus, deren Inhalte durch die Neufassung von Artikel 6 des Londoner Protokolls vorgegeben werden.

